Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ostermarscherklärung mit Folgen
2. Britische Daily Mail berichtet über „Propaganda-Unsinn über die Ukraine" und Lügen der Medien
3. Obwohl Israel offen Hunger zur Waffe erklärt, zögern die Medien, es für die Hungersnot verantwortlich zu machen
4. Waffenstillstand statt Waffenlieferungen – Glaubwürdig für Menschenrechte und Völkerrecht eintreten
5. Debatte über Parteichefin: SPD Baden-Württemberg nominiert Saskia Esken nicht mehr für Parteivorstand
6. Wall Street Journal zerpflückt Deutschlands Energiedebakel: „Kein Vorbild" für die USA
7. Studie des Wohlfahrtverbands: Es gibt mehr arme Menschen in Deutschland, und sie werden noch ärmer
8. Obwohl Fachkräfte fehlen, haben immer mehr junge Menschen keine Ausbildung
9. Sieben Gründe, aus denen Mitarbeiter der Massenmedien wie Propagandisten handeln
10. Schwachstellen im System: Lauterbach bestätigt Sicherheitslücke bei E-Patientenakte

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ostermarscherklärung mit Folgen**

Gerade jetzt müssten die Aufrüstungspläne der Bundesregierung hinterfragt und Abrüstung verlangt werden. Auch mit Blick auf die Geschichte. Mit seinem »Ostermarschaufruf« hat der Deutsche Gewerkschaftsbund genau das Gegenteil gemacht. Die »Erklärung des DGB zu den Ostermärschen 2025« liest sich vielmehr wie eine Distanzierung von dem, wofür die Ostermärsche traditionell stehen. Das musste Widerspruch provozieren.
Die Friedenskooperative nannte das Plädoyer des DGB-Bundesvorstands für »verstärkte Anstrengungen«, um »gemeinsam verteidigungsfähig zu werden«, ein »fatales Zeichen«. Irritiert zeigte sie sich auch darüber, dass der DGB die »neuen Möglichkeiten für schuldenfinanzierte Verteidigungsausgaben« und deren Erweiterung über militärische Ausstattung hinaus begrüßt. Sie musste konstatieren: »Gerade deshalb freuen wir uns, dass sich viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen nicht haben beirren lassen und sich an den Ostermärschen beteiligt haben«, heißt es in einer Erklärung vom 22. April.
Aus Sicht der Initiative »Sagt Nein!« ist die Ostermarscherklärung des DGB kein Ausrutscher, sondern eine Weiterentwicklung des Kurses hin zum Krieg.
Quelle: junge Welt

Anmerkung unseres Lesers T.S.: *Es ist nicht mehr zu leugnen und rein nicht zu fassen: das Establishment marschiert ernsthaft Richtung Krieg und der DGB … nun ja…Sie haben alles vergessen… War! What is it good for? Absolutely nothing!*

dazu auch: **Der Kontinent des Krieges**
Deutschland war einer der Haupttreiber beim Rekordanstieg der globalen Militärausgaben im vergangenen Jahr. Dies geht aus einer am gestrigen Montag publizierten Analyse des Stockholmer Forschungsinstituts SIPRI hervor. Demnach stiegen die weltweiten Aufwendungen für die Streitkräfte im Jahr 2024 um 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, so stark wie noch nie seit dem Ende des Kalten Kriegs. In der Bundesrepublik belief sich der Anstieg auf 28 Prozent und damit auf rund das Dreifache des globalen Durchschnitts. Deutschland kletterte damit von Platz sieben auf der Rangliste der Länder mit den höchsten Militärausgaben weltweit auf Platz vier unmittelbar hinter den USA, China und Russland. Die NATO wiederum, der 32 Staaten mit rund einem Achtel der Weltbevölkerung angehören, vereinte 55 Prozent aller Militärausgaben weltweit auf sich. Dies zeigt, dass die westlichen Staaten, während ihre ökonomische Vorrangstellung schwindet, militärisch nach wie vor dominieren. Appelle, man müsse ein angeblich nicht bewaffnetes Europa „wieder“ aufrüsten, haben keinen Rückhalt in der Realität. Leitmedien fordern, Deutschland solle „zum Rückgrat der Verteidigungsfähigkeit des freien Europas“ werden.

Quelle: German Foreign Policy

2. **Britische Daily Mail berichtet über „Propaganda-Unsinn über die Ukraine“ und Lügen der Medien**
In der britischen Daily Mail ist ein sehr überraschender Artikel erschienen, der den Lesern erklärt, man habe ihnen “Propaganda-Unsinn über die Ukraine und die erfundene russische Bedrohung aufgetischt”. Das seien “Lügen”. Warum veröffentlicht die britische Zeitung plötzlich so etwas?
Die britische Daily Mail ist ein konservatives Blatt, das nicht für „russische Propaganda“ bekannt ist. Daher ist die Kolumne, die dort an diesem Wochenende erschienen ist, und den Lesern erklärt, man habe ihnen „Propaganda-Unsinn über die Ukraine und die erfundene russische Bedrohung aufgetischt“, das seien „Lügen“, mehr als überraschend.
Die Kolumne wurde von Peter Hitchens geschrieben, der bei der Mail regelmäßig durchaus kritische Kolumnen zu allen möglichen Themen schreiben darf. Aber das, was er nun geschrieben hat, dürfte in den westlichen Mainstream-Medien bisher beispiellos sein.
Quelle: Anti-Spiegel

dazu auch: **Atomkrieg verhindern – Frieden schließen statt Eskalation riskieren**
Die Friedensnobelpreisträgerorganisation IPPNW bekräftigt anlässlich der erneuten Debatte ihr Nein zur Lieferung von „Taurus“-Marschflugkörpern an die Ukraine. Stattdessen solle sich die neue Bundesregierung, intensiv für eine Verhandlungslösung in dem nun seit drei Jahren andauernden brutalen Krieg in der Ukraine einsetzen. Die IPPNW fordert von der jetzigen und ebenso von der zukünftigen Bundesregierung, sich konstruktiv für ein umfassendes Friedens- und Sicherheitskonzept einzusetzen, in dem zivile Sicherheitsmechanismen und deren Durchsetzung Vorrang behalten.
Quelle: IPPNW

und: **Zieh in den Krieg!**
Patrik Baab appelliert an den 16-jährigen Theo, der in einer Talkshow angab, in seiner Freizeit Orgel zu spielen, nun aber entschlossen sei, zur Bundeswehr zu gehen.
Viele hat man zum Militär gezwungen — immer wieder gibt es aber auch junge Menschen, die freiwillig „dienen“. Was soll man ihnen als erfahrener Mensch sagen? Wirklich hindern kann man sie nicht daran. Patrik Baab, der der Realität des Krieges in der Ostukraine und anderswo sehr nahe kam, wählt den Weg einer paradoxen Empfehlung, die in Wahrheit eher eine Warnung ist: „Geh doch!“ Aber sei dir bewusst, wie unfassbar schrecklich Krieg ist. Diese Aussage schmückt Baab mit drastischen

Details aus. Sein sachliches und zugleich sehr emotionales Gedicht ist auch an all jene gerichtet, die Krieg heute wieder als bewältigbare Option der Realpolitik verharmlosen.
Quelle: Patrik Baab in Manova

3. **Obwohl Israel offen Hunger zur Waffe erklärt, zögern die Medien, es für die Hungersnot verantwortlich zu machen**
Israels Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir twitterte, republikanische Politiker hätten „meine klare Position zum Vorgehen in Gaza unterstützt und erklärt, dass die Lebensmittel- und Hilfsdepots bombardiert werden sollten, um militärischen und politischen Druck zu erzeugen, um unsere Geiseln sicher nach Hause zu bringen."
Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu verkündete am 2. März: „Israel hat beschlossen, keine Güter und Versorgungsgüter mehr nach Gaza zu liefern." Der anhaltende israelische Völkermord, der mit der loyalen Unterstützung der USA seit Oktober 2023 offiziell mehr als 51.000 Palästinenser das Leben gekostet hat, ist ein weiterer expliziter Beleg für die Hungerpolitik, die Israel im Gazastreifen verfolgt. Dieses Gebiet ist – vor allem dank der 17 Jahre anhaltenden israelischen Blockade – seit langem weitgehend von dieser Hilfe abhängig.
Quelle: Antikrieg

dazu: **WFP runs out of food stocks in Gaza**
On Friday, WFP announced it had delivered its last remaining supplies to kitchens preparing hot meals which are expected to be completely gone within days.
The UN agency warned that it may be forced to end critical assistance to families unless urgent action is taken.
Quelle: United Nations

dazu auch: **Israels gezielte Aushungerung der Bevölkerung des Gazastreifens geht weiter: Der Einsatz von Hunger als Waffe ist ein Kriegsverbrechen.**
Israels zweimonatige Blockade des Gazastreifens hat die Enklave erneut in eine Hungerkrise gestürzt. Laut Einwohnern und Hilfsorganisationen sind die Regale und Hilfsgüter leer, und die humanitären Erfolge eines kurzen Waffenstillstands Anfang des Jahres sind zunichte gemacht.
Seit dem 2. März, dem Ende der ersten Phase des Waffenstillstands, sind keine Lebensmittel, Treibstoffe, Hilfsgüter oder Handelsgüter mehr in den Gazastreifen gelangt. Israel verhängte die Blockade, um die Hamas, die das Gebiet beherrscht und am 7. Oktober 2023 israelische Gemeinden angegriffen hat, unter Druck zu setzen.
Quelle: Antikrieg

und: **„Halleluja“ – Für Kanzler Scholz agiert Israel in Gaza noch immer völkerrechtskonform**
Quelle: NachDenkSeiten

4. **Waffenstillstand statt Waffenlieferungen – Glaubwürdig für Menschenrechte und Völkerrecht eintreten**
   Vor wenigen Wochen beendete der israelische Premierminister Netanjahu den ohnehin schon brüchigen Waffenstillstand im Gazastreifen. Bereits während der Waffenruhe wurden 150 Palästinenser durch israelische Angriffe getötet; seit dem Ende des Waffenstillstands sind Tausende weitere Todesopfer hinzugekommen.
   Die israelischen Angriffe gefährden nicht nur das Leben aller Palästinenser in Gaza, sondern auch das Leben der 59 israelischen Geiseln, die im Zuge des Waffenstillstandsplans nun schon in Freiheit gewesen wären. Die Hoffnung auf ihre Freilassung sowie auf ein Ende der israelischen Bombardierungen schwindet mit jedem Tag der Angriffe und der Verhinderung eines Waffenstillstandsabkommens durch Netanjahu. Noch länger als die Bombardierungen dauert die israelische Blockade Gazas an: Seit dem 2. März blockiert Israels Armee jegliche Lebensmittellieferungen nach Gaza. Ihre Folgen sind noch gravierender und bedrohen unzählige weitere Leben.
   Quelle: etos.media
5. **Debatte über Parteichefin: SPD Baden-Württemberg nominiert Saskia Esken nicht mehr für Parteivorstand**
   Parteichefin Saskia Esken musste sich zuletzt viel Kritik aus ihrem Landesverband anhören. Nun hat die SPD Baden-Württemberg sie nicht erneut für den Bundesvorstand nominiert. Für Esken gäbe es trotzdem Wege, als Chefin weiterzumachen. […]
   2023 hatte die SPD Baden-Württemberg neben Stoch noch die aktuelle SPD-Chefin Saskia Esken in den Vorstand der Bundespartei geschickt. Dieses Mal stand die 63-Jährige jedoch gar nicht auf der Liste. Dies lag nach SPIEGEL-Informationen auch daran, dass Esken sich nicht um eine Nominierung bemüht hatte. Aus der SPD heißt es, Esken habe zunächst den Ausgang des Mitgliedervotums abwarten wollen. Erst dann solle abschließend geklärt werden, wie es mit ihr und ihrem Co-Parteichef Lars Klingbeil weitergehe.
   Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung André Tautenhahn: *Es ist übrigens nicht sehr fortschrittlich, wenn in der SPD nur Saskia Esken als umstritten gilt, während der Co-Vorsitzende, der das Wahldesaster ebenso zu verantworten hat, gar nicht kritisiert wird, sondern wie*

selbstverständlich Fraktionschef werden konnte und in der neuen Regierung wohl auch ein unumstrittener Minister wäre.

dazu auch: **Klarheit in der Union – Stress in der SPD**
In der SPD gibt es Unmut über den Umgang Klingbeils mit Esken. „Der eine vergrößert seine Macht, und die Frau an der Spitze wird abgesägt", sagte der bayerische Juso-Vorsitzende Benedict Lang der SZ. „Lars Klingbeil zeigt bisher nicht, dass er diesen bodenlosen innerparteilichen Umgang mit Saskia Esken problematisch findet, er lässt das einfach laufen."
Prominente Sozialdemokraten distanzieren sich symbolisch von Esken. Der rheinland-pfälzische Regierungschef Alexander Schweitzer, Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und die bisherige Bundestagspräsidentin Bärbel Bas sprechen sich zwar für einen Verbleib Klingbeils an der Parteispitze aus, bekennen sich aber nicht zu Esken. Das führt beim linken Flügel zu Ärger:
Quelle: Süddeutsche

6. **Wall Street Journal zerpflückt Deutschlands Energiedebakel: „Kein Vorbild" für die USA**
Das amerikanische Wall Street Journal übt scharfe Kritik an Deutschlands Energiepolitik: „Trotz Hunderter Milliarden Euro an Investitionen in Wind- und Solarenergie ist der Ökostrom-Anteil im ersten Quartal 2024 drastisch eingebrochen – von 56 auf 47 Prozent." Das renommierte Blatt mit Sitz in New York warnt sogar die eigenen Leser vor der deutschen Energiewende: „Die USA sollten daraus lernen", heißt es in einem Meinungsbeitrag der Redaktionsleitung.
Obwohl Deutschland seit April 2024 weitere 872 Windräder installiert hat, sank die Windstrom-Produktion um 16 Prozent. Der Grund: eine anhaltende „Dunkelflaute" – windstille, dunkle Wintermonate, in denen weder Wind- noch Solarenergie verlässlich produziert wurde. Selbst die Sonnenstunden im März konnte den Einbruch nicht ausgleichen. Das WSJ beruft sich in seiner Analyse auf jüngste Zahlen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung Christian Reimann: *So ist es, aber hierzulande werden insbesondere grüne Politiker und eine angeblich das Weltklima schützende Politik von zahlreichen Hauptmedien unterstützt und große Teile der Bevölkerung (bewusst?) in die Irre geführt. Erinnert sei daran: Physik-Nobelpreisträger: „Grünen-Haltung nicht mit unserer Realität vereinbar" und Dazu: Physik-Nobelpreisträger kritisiert Grüne – „Viele Falschinformationen" mit einer Anmerkung.*

7. **Studie des Wohlfahrtverbands: Es gibt mehr arme Menschen in Deutschland, und sie werden noch ärmer**
   Alleinerziehende sind in Deutschland nach einem neuen Bericht besonders armutsgefährdet, ebenso jüngere und ältere Menschen. Die aktuelle Teuerungsrate verschärft das Problem.
   Arme Menschen in Deutschland haben dem Paritätischen Wohlfahrtsverband zufolge in den vergangenen Jahren weiter an Kaufkraft verloren. Grund sei die Inflation, teilte der Verband mit. Während das mittlere Einkommen von Menschen unter der Armutsgrenze 2020 bei 981 Euro im Monat gelegen habe, seien es 2024 preisbereinigt 921 Euro gewesen. »Arme werden ärmer«, erklärte der Verband.
   Quelle 1: DER SPIEGEL
   Quelle 2: Paritätische

   Anmerkung Christian Reimann: *Ein echtes Armutszeugnis! Und dennoch möchte die wohl kommende Bundesregierung u.a. die Bedingungen des Bürgergeldes verschärfen. Da mangelt es offensichtlich an Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftskompetenz. Erinnert sei z.B. an diesen Beitrag: Die Sozialstaatsreformer vor der großen Weltwirtschaftskrise vertraten nicht nur dieselben Konzepte, sie trugen – Ironie der Geschichte – auch noch den gleichen Namen.*

8. **Obwohl Fachkräfte fehlen, haben immer mehr junge Menschen keine Ausbildung**
   Laut IAB-Stellenerhebung erfordern bereits jetzt mehr als drei Viertel der offenen Stellen eine abgeschlossene Ausbildung. Zugleich liegt die Arbeitslosenquote der nicht formal Qualifizierten (nfQ), also derjenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, bei über 20 Prozent. In einer solchen Situation und vor dem Hintergrund der fortschreitenden demografischen Alterung ist es wichtig, dass alle Potenziale gehoben werden – also immer weniger Menschen ohne Ausbildung bleiben und als entsprechend qualifizierte Erwerbspersonen am Arbeitsmarkt teilhaben.
   Quelle: IAB-Forum

   dazu auch: **Personalknappheit: Oft spielen auch widrige Arbeitsbedingungen und fehlende Investitionen in Aus- und Weiterbildung eine Rolle**
   Dass in vielen Betrieben Arbeitskräfteknappheit herrscht, hängt auch mit unzureichenden Löhnen, widrigen Arbeitsbedingungen und fehlenden Investitionen in Aus- und Weiterbildung zusammen. Ein knappes Fünftel der Unternehmen mit Personalmangel baut sogar gleichzeitig Stellen ab. Einige verzichten anscheinend auf die Möglichkeit, über Qualifizierungen vorhandene Arbeitskräfte fit für neue Aufgaben

zu machen. Betriebs- und Personalräte setzen sich für eine vorausschauende Personalpolitik zur Fachkräftesicherung ein, ein Teil der Betriebe steuert mittlerweile um. Das zeigt eine neue Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.
Quelle: Hans Böckler Stiftung

9. **Sieben Gründe, aus denen Mitarbeiter der Massenmedien wie Propagandisten handeln**
   Wenn man westliche Nachrichtenmedien kritisch beobachtet, fällt einem irgendwann auf, dass ihre Berichterstattung durchweg mit den Interessen des zentralisierten US-Imperiums übereinstimmt, und zwar fast genauso, wie man es erwarten würde, wenn es sich um staatlich gelenkte Propagandaorgane handeln würde. (…)
   Die New York Times hat jeden Krieg, den die USA geführt haben, zuverlässig unterstützt. Die westlichen Massenmedien konzentrieren sich überwiegend auf ausländische Proteste gegen Regierungen, die den Vereinigten Staaten missfallen, während sie den weit verbreiteten Protesten gegen mit den USA verbündete Regierungen weit weniger Aufmerksamkeit schenken. Wie bereits erwähnt: Das einzige Mal, dass Trump von den Massenmedien mit Lob überschüttet wurde, war, als er Syrien bombardierte, das einzige Mal, dass Biden von den Massenmedien verrissen wurde, war beim Rückzug aus Afghanistan. Den US-Medien ist es derartig gut gelungen, Saddam Hussein im Vorfeld der Invasion in den Irak mit den Anschlägen vom 11. September in Verbindung zu bringen, dass sieben von zehn Amerikanern noch Monate nach Beginn des Krieges glaubten, er habe etwas mit dem 11. September zu tun.
   Quelle: Overton Magazin
10. **Schwachstellen im System: Lauterbach bestätigt Sicherheitslücke bei E-Patientenakte**
    Am Dienstag ging bundesweit die neue elektronische Patientenakte an den Start. Hacker des Chaos Computer Club überwanden prompt die Sicherheitsvorkehrungen – und informierten danach die Behörden.
    Der scheidende Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat bestätigt, dass nach dem bundesweiten Start der neuen elektronischen Patientenakte eine neue Sicherheitslücke entdeckt worden ist. „In der Frühphase des ePA-Starts war mit solchen Angriffsszenarien zu rechnen. Ich bin der gematik dankbar, dass sie auf die ersten Hinweise sofort reagiert und auch diese Sicherheitslücke noch geschlossen hat“, schrieb der SPD-Politiker am Abend auf der Plattform X und verlinkte dazu einen „Spiegel“-Bericht.
    Quelle: FAZ

dazu: **Kurz nach Einführung: Hacker knacken Schutz der E-Patientenakte**
Gesundheitsminister Lauterbach hatte zur Einführung der elektronischen Patientenakte versichert, dass diese sicher sei. Nun ist es Hackern offenbar gelungen, auch die verbesserten Schutzvorkehrungen auszuhebeln.
Quelle: tagesschau

dazu auch: **Wieso führt Lauterbach trotz belegter Sicherheitsprobleme die elektronische Patientenakte am 29. April bundesweit ein?**
Quelle: NachDenkSeiten